

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 22.05.2012**

Sitzung Nr. 5 Ö	am Dienstag, 22. Mai 2012
------------------------	----------------------------------

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte:	Geider Adolf	Pfleiderer Susanne
	Haffner Gerhard	Rehorst Tobias
	Hanke Dr. Paul	Rössler Beate
	Hecker Roland	Runde Anneliese
	Heger Roman	Schell Achim
	Heger Rudi	Speckert Benjamin
	Heim Andrea	Speckert Ferdinand
	Herling Michael	Stegmüller Reino
	Ittensohn Karl	Vetter Theo
	Klemenz Birgit	Weinlein Albert (19:05 Uhr)
Protokollführer:	Helmut Braun	

Gäste: Anette Reich (bei TOP 6 bis TOP 8; 19:05 - 21:10 Uhr), Angelika Laux (ab 19:45 Uhr), Werner Kleiber, Harry Zorn; Friedhelm Schwegler (Ingenieurbüro Schwegler, Eppelheim (bei TOP 4))

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 23:05 Uhr

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 14.05.2012 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 20 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Gemeinderat Walter Götzmann (Urlaub),
Gemeinderat Siegfried Köck (Urlaub)

Es fehlen unentschuldigt: keine

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert Bürgermeister Dr. Eger Gemeinderätin Birgit Klemenz und Gemeinderat Roland Hecker nachträglich zu ihren Geburtstagen. Er spricht Gemeinderat Theo Vetter zum heutigen Geburtstag die besten Glückwünsche aus.

-/-

Sitzung am: Dienstag, 22. Mai 2012 Nr. 5 Ö	Tagesordnungspunkt: 1
---	------------------------------

Bekanntgabe der am 24. April 2012 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse

Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 24. April 2012

Ausführungen und Beschluss:

Aus der nichtöffentlichen Sitzung am 24. April 2012 sind keine Beschlüsse bekannt zu geben. Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 24. April 2012 hat offengelegen; Einwendungen werden nicht erhoben.

Sitzung am: Dienstag, 22. Mai 2012 Nr. 5 Ö	Tagesordnungspunkt: 2
---	------------------------------

Bestellung von Urkundspersonen

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden die Herren Gemeinderäte Gerhard Haffner und Roland Hecker als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 22. Mai 2012 Nr. 5 Ö	Tagesordnungspunkt: 3
---	------------------------------

Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung

Ausführungen und Beschluss:

Es werden keine Wünsche oder Anfragen vorgetragen.

Sitzung am: Dienstag, 22. Mai 2012 Nr. 5 Ö	Tagesordnungspunkt: 4
---	------------------------------

Radwegkonzept St. Leon-Rot

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und begrüßt Herrn Friedhelm Schwegler vom gleichnamigen Ingenieurbüro aus Eppelheim. Er erwähnt die Beteiligung der Herren Heinrich Müller, Rolf Müller und Richard Becker, denen er führt ihr Engagement dankt. Er führt aus, dass beim Land ein Zuschuss beantragt werden soll, die notwendigen Vorgaben aber noch nicht bestehen. Um die vorgelegte Planung bald umsetzen zu können, soll versucht werden, eine vorzeitige Freigabe der Maßnahme zu erreichen.

Herr Friedhelm Schwegler informiert, dass ein wichtiger Punkt der Planung war, die Verbindungen zu den

Nachbargemeinden zu verknüpfen und die überregionalen Radwege einzubeziehen. Bei der Wegeplanung spielen die Beschaffenheit der Wege, die Sicherheit der Verbindungen und das Anfahren von attraktiven Punkten eine Rolle. Dazu sind bei der Wegeführung Kompromisse notwendig. Bei der Planung sei berücksichtigt worden, die Radwege entlang von Landesstraßen zu nutzen, weil dies in der Regel die kürzeste Verbindung darstelle. Eine Ausnahme sei die Verbindung nach Reilingen, bei der seitlich Richtung See verschoben gefahren werden müsse, weil in Teilbereichen kein Radweg entlang der Landesstraße existiert.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass den Gemeinderäten Pläne vorliegen, aus denen man auch die Standorte für die Beschilderung ableiten und den Kostenaufwand feststellen kann. Wichtig sei, dass lückenlos beschildert werde. Er bedauert, dass zwischen St. Leon und Reilingen kein durchgängiger Radweg entlang der Landesstraße vorhanden ist. Die Gemeinde habe schon 2008 versucht, die Radwegverbindung in den Generalverkehrsplan einbringen zu können, jedoch ohne Erfolg. Jetzt habe die Verwaltung bei der neuen Landesregierung erneut versucht, den endgültigen Beschluss zu erreichen. Trotz erfolgter Gespräche bisher ohne Erfolg, weil darauf hingewiesen wurde, dass bei parallel verlaufenden Wirtschaftswegen die Radwegführung darüber erfolgt und kein paralleler Radweg gebaut wird. Die Verwaltung werde sich trotzdem weiter darum bemühen.

Gemeinderätin Anneliese Runde begrüßt im Namen ihrer Fraktion das Radwegekonzept und die damit verbundene Beschilderung, die nicht nur den Einwohnern, sondern auch Anderen nutze. Zu begrüßen sei auch die Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen, sodass die Planungen abgestimmt sind. Es sei in ihrer Fraktion vermisst worden, dass die Umgehungsstraße und der darauf basierende Wege- und Gewässerplan aus den vorgelegten Planunterlagen nicht nachvollzogen werden kann. Es sei wichtig, dass Bürger einbezogen wurden, denen sie für ihr Engagement dankt. Sie spricht den kritischen Punkt an der Zufahrt zum Gewerbegebiet Wiesloch an der L 628 an, wo eine Lösung erforderlich ist. Sie bittet die Verwaltung, den bestehenden Kontakt nach Wiesloch zu nutzen, um die gefährliche Situation zu beseitigen. Sie signalisiert die Zustimmung ihrer Fraktion.

Bürgermeister Dr. Eger berichtet, dass er wegen des angesprochenen Gefahrenpunktes bereits mit seinem Kollegen von Wiesloch gesprochen habe. Es sei das Problem, dass dafür keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

Herr Friedhelm Schwegler erläutert, dass die Radwegeplanung auf den Wege- und Gewässerplan aus der Flurbereinigung abgestimmt ist. Die Umgehungsstraße sei deswegen nicht aufgenommen worden, weil die vom Land bereitgestellten Daten nicht auf dem entsprechenden Stand waren. Er geht auf den angesprochenen Gefahrenpunkt ein und erläutert die deswegen vorgesehene Radwegführung, die durch den Wald führe.

Gemeinderätin Anneliese Runde meint, dass gerade Frauen nicht zugemutet werden kann, durch den Wald zu fahren. Sie regt deswegen an, dass bald eine Lösung für den Gefahrenpunkt gefunden wird, um den Radweg dort sicherer zu gestalten.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass sich die Verwaltung weiter darum bemühen werde, den Gefahrenpunkt gemeinsam mit der Stadt Wiesloch zu entschärfen, eventuell durch einen kleinen Einschlag an der Stelle. Da es sich um Wieslocher Gemarkung handle, müsse deswegen Konsens erreicht werden.

Gemeinderat Gerhard Haffner geht für seine Fraktion auf die bereits angesprochenen kritischen Punkte bei der Radwegeplanung ein und signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion.

Gemeinderätin Birgit Klemenz stimmt für ihre Fraktion der Vorlage zu. Sie fragt nach dem Stand des entlang der L 628 zwischen dem Ortsteil Rot und den Vereinsanlagen vorgesehenen Radweges. Sie gibt eine Anregung aus der Fraktionssitzung weiter, wonach gegenüber der Einbindung der Friedenstraße in die Hauptstraße der Bordstein am Gehweg abgesenkt werden sollte, um ein direktes Erreichen des gegenüberliegenden Radweges zu ermöglichen. Sie stimmt für ihre Fraktion der Gemeinderatsvorlage zu.

Bürgermeister Dr. Eger sagt zu, die Anregungen aufzunehmen und umzusetzen. Er erklärt, dass der Radweg entlang der Wieslocher Straße im Rahmen der Flurbereinigung realisiert wird. Zum Radweg entlang der L 628 erklärt **Bürgermeister Dr. Eger**, dass erst der Grunderwerb erfolgen muss, bevor der Radweg realisiert werden kann. Die Verwaltung werde sich weiter bemühen, die angesprochenen Punkte zu lösen.

Gemeinderat Rudi Heger stimmt im Namen seiner Fraktion der Vorlage zu und er bittet darum, dass weiter versucht werde, die Radwegeverbindung entlang der L 546 Richtung Reilingen zu realisieren.

Gemeinderätin Andrea Heim bezeichnet die Verbindung entlang der L 546 Richtung Reilingen und entlang der L 628 zu den Vereinsanlagen als wichtig; sie sollten weiter verfolgt werden. Sie signalisiert die Zustimmung ihrer Fraktion.

Gemeinderat Karl Ittensohn spricht die in der Radwegeplanung enthaltene Verbindung zwischen dem Bahnhof Rot/Malsch und dem Rauenberger Weg an, die im Wald verlaufe. Seiner Meinung nach sollte man den Radweg entlang der Umgehungsstraße, die direkt am Wagner See vorbei führe und nur dort unbefestigt sei, bereits in die Planung aufnehmen. Dann könne später, wenn sie hoffentlich bald realisiert sei, die Beschilderung darauf ausrichten, weil sie außerhalb des Waldes verlaufe und sicherer sei.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass es derzeit nicht darum gehe, die Radwegeplanung in ein Druckwerk aufzunehmen, sondern die Beschilderung schnell umzusetzen. Darauf basierend könne die Beschilderung für die realisierte neue Verbindung leicht geändert werden.

Auf entsprechende Frage von **Gemeinderat Theo Vetter** erläutert **Herr Friedhelm Schwegler** wie die Ziele ausgedeutet werden. Danach umfasse die Beschilderung das nächste Ziel sowie ein weiteres Ziel, wobei

die Entfernung zu letzterem Ziel variere.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Radwegekonzeption zustimmend zu Kenntnis.

Die für das Radwegekonzept und dessen Umsetzung erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 20.000 bis 23.000 € werden bewilligt. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Umsetzung erforderlichen Aufträge zu erteilen.

Sitzung am: Dienstag, 22. Mai 2012 Nr. 5 Ö

Tagesordnungspunkt: 5

Beitritt der Gemeinde St. Leon-Rot als Gesellschafter bei der Klimaschutz und Energieberatungsagentur KliBA

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst ohne Aussprache folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Gesellschaftervertrag zu.

Für die Stammeinlage werden die erforderlichen Mittel in Höhe von 2.600 € durch den Gemeinderat außerplanmäßig genehmigt.

Sitzung am: Dienstag, 22. Mai 2012 Nr. 5 Ö

Tagesordnungspunkt: 6

Neuerrichtung von Hortcontainern bei der Parkringschule hier: Auftragsvergaben Containermiete und Erdarbeiten

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger erwähnt in seinen einführenden Worten, dass es in der letzten Ausschusssitzung Fragen zum heutigen Tagesordnungspunkt gegeben hat. Er erklärt, dass der Vorlage umfangreiche Überlegungen der Verwaltung zugrunde liegen, die zu der vorgeschlagenen Lösung geführt haben.

Frau Anette Reich hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Karl Ittensohn dankt Frau Reich für den ausführlichen Vortrag und signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion. Er berichtet vom Eindruck seiner Fraktion, wonach diese sich immer über die prognostizierten Zahlen wundere, noch mehr aber darüber, dass dann die Plätze auch belegt werden. Er sieht Containerlösung als für die weitere Hortgruppe erforderlich an. Er geht auf die Information ein, dass die Verwaltung Alternativen wie die Kastanienschule etc. im Vorfeld geprüft habe, so dass lediglich der vorgeschlagene Standort übrig bleibt. Er fragt, ob es gesetzliche Vorgaben für den Schülerhort gibt, die die Entscheidungsmöglichkeiten des Gemeinderates einschränken. Er bittet darum, bei Planung und Ausführung zu berücksichtigen, dass die Feuerwehr mit schwerem Gerät in den hinteren Bereich einfahren kann, wenn schlechtes Wetter ist. Er weist darauf hin, dass es sich um eine temporäre Lösung handle und fordert Verwaltungsspitze und Gemeinderat auf, Planung und Umsetzung des neuen Gebäudes für den Kinderhort schnellstens durchzuführen.

Frau Anette Reich informiert, dass das Landesjugendamt die Betriebserlaubnis erteile, wenn die Vorgaben wie 3 qm Platz je Kind und Nebenräume erfüllt sind. Wegen der Höhe der Container habe man etwas mehr als den vorgeschriebenen Platz geschaffen, weil die Kinder sich lange in den Räumen aufhalten werden.

Bürgermeister Dr. Eger unterstreicht diese Aussage und weist darauf hin, dass die Kinder sich von morgens 8 Uhr bis ca. 17 Uhr dort aufhalten und dies somit das Lebensumfeld darstelle.

Gemeinderat Achim Schell geht darauf ein, dass die zunächst als Alternativen vorgesehenen Stellplätze geprüft worden seien. Er schlägt vor, die beiden 7. Klassen der Werkrealschule übergangsweise an die Mönchsbergschule zu verlegen, um den Schülerhort in den in der Parkringschule frei werdenden Räumen unterzubringen. Er erklärt die grundsätzliche Zustimmung seiner Fraktion zur Hortbetreuung, bittet aber darum, den unterbreiteten Vorschlag zu prüfen.

Laut **Bürgermeister Dr. Eger** werde auch an der Mönchsbergschule eine zweite Hortgruppe notwendig, für die sich erfreulicherweise die örtliche Kirchengemeinde bereit erklärt habe, die Trägerschaft zu übernehmen. Räumlich sei vorgesehen, die im Obergeschoss des Kindergartens St. Nikolaus untergebrachten Schulklassen in die Schule zu verlegen, weshalb dort der durch die Aufgabe der Hauptschule frei gewordene Raum benötigt wird. Dies schließe die Verlegung der Werkrealschulklassen aus.

Gemeinderat Ferdinand Speckert bezeichnet das in der Vorlage enthaltene Vorhaben als notwendig und signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion. Er erklärt, dass Provisorien Geld kosten, so dass es hinsichtlich des zu erstellenden Gebäudes höchste Zeit war, eine Entscheidung zu treffen.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass die Entscheidungen sehr komplex sind und in der Vergangenheit auch durch die unklaren Entwicklungen bei den Schulen das Problem bestand, ohne richtige Grundlagen Entscheidungen im Bereich Kinderbetreuung und Hort treffen zu müssen.

Gemeinderat Rudi Heger signalisiert für seine Fraktion trotz der mit der Maßnahme verbundenen hohen Kosten Zustimmung.

Gemeinderätin Andrea Heim signalisiert grundsätzlich Zustimmung und sie signalisiert, dass ihre Fraktion die mit dem Provisorium verbundenen Kosten als zu hoch ansehe, zumal damit keine Einsparungen an noch zu bauenden Gebäuden verbunden sind. Mit etwas Mühe hätte es möglich sein müssen, die Betreuung in der Schule durchzuführen.

Bürgermeister Dr. Eger widerspricht mit dem Hinweis, dass sich die Verwaltung bei der Maßnahme sehr viel

Mühe gegeben habe. Es gehe auch nicht um den im Beschluss genannten Angebotswert, vielmehr werde die Maßnahme nach dem tatsächlichen Flächenaufmaß abgerechnet, die aufgrund der Bemühungen der Verwaltung und der Kooperation mit der Parkringschule reduziert werden konnten. Er geht auf einzelne Aspekte bei der Bedarfsplanung ein und erklärt, dass sich der Ganztagesbedarf im Kleinkindbereich auch in der Schule fortsetze. Darauf basierend werden Investitionen im Kinderbereich notwendig, zu der die Gemeinde glücklicherweise in der Lage sei.

Gemeinderat Theo Vetter weist auf die noch anstehenden Kosten für ein Außengelände hin und fragt, ob dies unbedingt notwendig sei. In diesem Fall sollte man Alternativen prüfen.

Frau Anette Reich antwortet, dass das Außengelände für die Betriebserlaubnis notwendig ist. Dafür sollte ein bei den Containern liegendes Gelände vorgesehen werden, das auch gut einsehbar ist. Im Vorfeld sei besprochen worden, dieses schon vorhandene Gelände nicht einzuzäunen, um Kosten zu sparen.

Auch **Gemeinderat Roland Hecker** stört sich an den hohen Kosten, weshalb nach Alternativen gesucht werden sollte, die auch nicht direkt vor den Containern liegende Geländebereiche umfassen sollten. Zwar sei die Einsehbarkeit vom Container her wünschenswert, ob dies jedoch für einen Zeitraum von 24 Monaten unbedingt erforderlich ist, sei zu prüfen. Für ihn sei wichtig, dass heute nicht über das Außengelände entschieden werde, weil sich der Gemeinderat nochmals damit befassen sollte.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass ein Zeitraum von 2 Jahren für Kinder in dem Alter eine lange Zeit darstelle. Für den Träger der Einrichtung sei es notwendig, die mit dem Betrieb der Einrichtung und der Beaufsichtigung der Kinder verbundene Haftung zu minimieren. Die Verwaltung werde das Thema aufbereiten und dem Gemeinderat zur Beratung und Entscheidung vorlegen.

Gemeinderat Karl Ittensohn weist darauf hin, dass sich der Umfang der Erdarbeiten im gleichen Maß reduzieren müsste, wie die Container, was man noch berücksichtigen sollte.

Bauamtsleiter Werner Kleiber bestätigt die Sichtweise und erklärt, dass die Abrechnung nach dem tatsächlichen Aufmaß erfolgen wird.

Bürgermeister Dr. Eger passt den Beschlusspunkt 2 aufgrund dieser Aussage an.

Der Gemeinderat fasst mit 18 Ja-Stimmen, bei 3 Gegenstimmen, folgenden Beschluss:

1. **Der Auftrag zur Aufstellung, Vermietung und Demontage von Containerelementen für den Schülerhort Rot wird an die Fa. FAGSI zum Angebotswert 242.688,60 € brutto vergeben. Der Auftragswert richtet sich nach dem tatsächlichen Flächenaufmaß und beträgt 183.556,31.€ brutto. Für die Containermiete 2012 und für die Lieferung, Montage und Anschlüsse werden bei HHSt. 1.2111.530000 außerplanmäßige Mittel in Höhe von 65.000 € bereitgestellt. Die restlichen Haushaltsmittel sind 2013 und 2014 bereitzustellen.**
2. **Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag für die Erdarbeiten zur Neuerrichtung einer Containeranlage in Rot an die Fa. EAG aus St. Leon-Rot auf Basis der vorläufigen Auftragssumme von 29.107,40 € nach dem tatsächlich notwendigen Flächenumfang zu erteilen.**

Die Mittel sind auf der Haushaltsstelle 1.2111.530000 außerplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

Sitzung am: Dienstag, 22. Mai 2012 Nr. 5 Ö

Tagesordnungspunkt: 7

Fortschreibung des Bedarfsplans Kinderbetreuung für 2012/13

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt die Kindergartenbeauftragten und die Mitarbeiter in den Kindergärten der Pfarrgemeinden. Er erklärt, dass der Bedarfsplan im Kindergartenkuratorium vorberaten wurde. Der Plan ist ziemlich umfangreich, weil er von den ganz Kleinen bis zu den Schulkindern reiche.

Frau Anette Reich hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass sich die Ganztagsbetreuung im Kleinkindbereich im schulischen Bereich fortsetzt. Eine Besonderheit seien die Plätze im „Haus der kleinen Füße“, die den überörtlichen Bedarf abdecken. Man habe diese Einrichtung in den Bedarfsplan aufgenommen mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass der überörtliche Bedarf befriedigt wird, der örtliche aber durch die bestehenden Einrichtungen im Ort abgedeckt werde.

Gemeinderat Tobias Rehorst bezeichnet die Kinderbetreuung als Mammutaufgabe und dankt Frau Anette Reich für die geleistete Arbeit. Die Zahlen des Bedarfsplans seien schwer nachzuvollziehen. Es sei aber bereits erwähnt worden, dass die prognostizierten Zahlen in jedem Fall eingetreten sind. Er begrüßt, dass die Entscheidungen für den Bedarf in Rot bereits getroffen wurden und zeigt sich erfreut, dass wohl die Träger im Ortsteil St. Leon auch bereit sind, die notwendigen Gruppen mit Zustimmung des Ordinariat zu übernehmen. Er fragt, ob die 100%ige Bezuschussung für alle Hortgruppen gelten wird.

Frau Anette Reich bestätigt dies und erläutert, dass die Betreiber ab dem kommenden Kindergartenjahr keine Schlüsselzuweisungen mehr erhalten und sie deswegen auf die Gemeinde zugekommen sind.

Gemeinderat Tobias Rehorst hofft, dass sich durch die Baumaßnahme im Kindergarten St. Josef für die nächsten zwei bis drei Jahre Ruhe im investiven Bereich einstellen werde. Er signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zum Kindergartenbedarfsplan und zu den überplanmäßigen Ausgaben. Er erklärt, dass seine Fraktion auch zustimme, Vertretungskräfte in unbefristete Arbeitsverträge übernehmen zu können. Es bestehe noch die Frage, ob dies eventuell auch andere Träger fordern werden.

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass aufgrund der Befristung manche Stellen als Vertretungskraft nicht

hätten besetzt werden können. Die Landschaft der Betreuung habe sich insoweit geändert, als die Angebote zugenommen haben und neue Träger hinzugekommen sind. Seiner Meinung nach könne dies nicht auf einen Träger beschränkt werden, zumal die Problemstellung bei allen anderen auch vorhanden ist. Allerdings sei die Frage der Vergütung von Auszubildenden und deren zeitliche Anrechnung zu berücksichtigen, weshalb Anfang nächsten Jahres eine Gesamtlösung erarbeitet werden soll.

Gemeinderat Achim Schell stimmt für seine Fraktion der Beschlussvorlage zu und erklärt, dass der Bedarfsplan jährlich an die Gegebenheiten anzupassen ist. Er fragt, ob der in St. Leon vorhandene Freibereich für Bewegung auch für eine weitere Hortgruppe ausreiche. Er spricht die Vertretungsstellen an und fragt, ob dieses Thema bis zur endgültigen Lösung zurückgestellt werden kann.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass die endgültige Lösung wohl erst zum Jahresende hin erarbeitet werden könne, zumal sie noch der Abstimmung mit den Trägern bedarf. Konsequenz des Verschiebens wäre, dass die Vertretungsstellen aufgrund der Befristung weiter unbesetzt blieben.

Gemeinderat Benjamin Speckert tritt dem Eindruck in der Öffentlichkeit entgegen, dass die Gemeinde bei der Kinderbetreuung immer hinterher hinke. Es sei vielmehr so, dass der Bund Entscheidungen treffe, die die Kommunen zu vollziehen haben. Er signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion und bedankt sich bei den Beteiligten für die Übernahme der Aufgaben. Er hoffe, dass mit den Baumaßnahmen und der vorliegenden Planung die Gemeinde der Kinderbetreuung eine Zeit lang gerecht werden kann.

Gemeinderat Rudi Heger stimmt für seine Fraktion der Vorlage zu. Er rechnet vor, dass die Ganztagsquote 22% betrage, später in der Vorlage aber dargelegt werde, dass mehr Plätze benötigt werden.

Frau Anette Reich antwortet dazu, dass die Betreuungsquote steigen wird, weil die Quote im Kindergartenbereich dazu führt, dass diese auch im Schulbereich steigen wird.

Bürgermeister Dr. Eger führt aus, dass in St. Leon-Rot die Zahl der Kinder steigt, weil eine konstante Geburtenquote gegeben ist und Zuzüge von außen hinzukommen.

Gemeinderätin Andrea Heim findet es positiv, dass langfristig geplant wird. Es sei erfreulich, dass für den Ortsteil St. Leon frühzeitig reagiert werde und damit teure Provisorien vermieden werden. Zum Personal stellt sie fest, dass die Anforderungen an die Mitarbeiterinnen ständig steigen und deswegen eine gewisse Reserve vorhanden sein muss.

Auf entsprechende Frage von **Gemeinderat Achim Schell** antwortet **Frau Anette Reich**, dass das Außengelände auch für die zusätzliche Hortgruppe in St. Leon ausreicht.

Bürgermeister Dr. Eger stellt die Beschlusspunkte einzeln zur Abstimmung:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. **Der Bedarfsplan 2012/13 für die Kinderbetreuung wird in der beiliegenden Fassung beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses. Die für 2012 benötigten zusätzlichen Haushaltsmittel für die zweite Hortgruppe in St. Leon in Höhe von 26.000 € werden bei HHSt. 1.4760.717000 überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung ist durch die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage zu gewährleisten. Die Verwaltung wird ermächtigt, mit der kath. Pfarrgemeinde St. Leo der Große die 100%ige Defizitabdeckung für Hortgruppen zu vereinbaren.**

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

2. **Der Gemeinderat beschließt, dass die Gemeinde die beiden Vertretungskraftstellen für die Kindertageseinrichtungen der kath. Pfarrgemeinden als freiwillige Leistung weiterhin bezuschusst mit der Maßgabe, dass die Träger eine Rücknahme seitens der Gemeinde arbeitsrechtlich im Rahmen der Personalfluktuations zum nächstmöglichen Zeitpunkt umsetzen können.**

Sitzung am: Dienstag, 22. Mai 2012 Nr. 5 Ö

Tagesordnungspunkt: 8

Investitionszuschuss zur Ganztagerweiterung St. Josef

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Er weist dabei darauf hin, dass der Anbau nicht über die Kantstraße erschlossen werden soll, an der nur Parkplätze für das Personal vorhanden sein werden und die Essensandienung erfolgen wird.

Zur Information der Öffentlichkeit wird der Lageplan für die Maßnahme aufgelegt.

Die **Gemeinderäte Tobias Rehorst, Achim Schell, Benjamin Speckert, Rudi Heger** und **Andrea Heim** stimmen für ihre Fraktionen der Beschlussvorlage zu. Es wird dabei darauf hingewiesen, dass durch die Reduktion des Baukörpers Einsparungen in Höhe von rund 150.000,00 € erreicht werden konnten. Die Kinder sollen künftig über die Leostraße gebracht werden, wobei eventuelle Verkehrsprobleme beim „Runden Tisch“ besprochen werden sollen.

Es wird allerdings laut **Bürgermeister Dr. Eger** damit gerechnet, dass die Zahl der An- und Abfahrten zurückgehen, weil künftig Ganztagsbetreuung vorgesehen ist und dadurch je Kind zwei Fahrten am Mittag entfallen müssten.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Kath. Kirchengemeinde St. Leo der Große erhält zur baulichen Erweiterung des Kindergartens St. Josef auf dem Grundstück Kantstr. 7 den vertraglichen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 70 %. Der Zuschuss wird in Höhe von 544.950 € auf der Grundlage der Kostenberechnung des Trägers nach DIN 276 vom 18.03.2012 bewilligt.

Sitzung am: Dienstag, 22. Mai 2012 Nr. 5 Ö	Tagesordnungspunkt: 9
Bebauungsplan "St. Leoner See, Teil 1, 2. Änderung":	
1. Beratung und Beschlussfassung über das Ergebnis der erneuten Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB und Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB	
2. Satzungsbeschluss	

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und bezieht den Tagesordnungspunkt 10 mit ein.

Bürgermeister Dr. Eger verlässt von 21:09 Uhr bis 21:14 Uhr den Sitzungssaal; er wird von Bürgermeisterstellvertreterin Anneliese Runde vertreten.

Gemeinderat Karl Ittensohn signalisiert im Namen von seiner Fraktion die Zustimmung zu den Tagesordnungspunkten 9 und 10. Er führt aus, dass sich die Freien Wähler von Anfang an dafür eingesetzt haben, die Erholungsanlage auf dem neuesten Stand und attraktiv zu halten. Auf der Basis des Bebauungsplanes bittet er die Betriebsleitung den Bereich der Schlafhütten mit weiteren Mobilheimen auszustatten und die Verlegung des Kioskes zu realisieren. Weiter sollte die Sanierung mit dem Neubau des Restaurants, des Ladens und des Kioskes abgeschlossen werden. Ein Restaurant sei für die Gesamtanlage erforderlich, weshalb dessen Betrieb nicht nur unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu beurteilen ist.

Gemeinderat Gerhard Haffner zeigt sich erfreut über die Stellungnahme der **Freien Wähler**, die der Meinung seiner Fraktion entsprechen und stimmt den Beschlussvorschlägen zu.

Gemeinderat Rudi Heger und **Gemeinderätin Beate Rössler** stimmen für ihre Fraktionen den Beschlussvorschlägen zu.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. **Über die im Rahmen der erneuten Fachbehördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Offenlage des Bebauungsplanes „St. Leoner See, Teil 1, 2. Änderung“ vom 02.04. bis 02.05.2012 vorgebrachten Anregungen wird gemäß der beigefügten Liste Beschluss gefasst.**
2. **Der Bebauungsplan „St. Leoner See, Teil 1, 2. Änderung“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die beigefügte Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.**

Bei der Abstimmung sind die Gemeinderäte Roland Hecker und Birgit Klemenz nicht im Sitzungssaal.

Sitzung am: Dienstag, 22. Mai 2012 Nr. 5 Ö	Tagesordnungspunkt: 10
Örtliche Bauvorschriften zum Bebauungsplan "St. Leoner See, Teil 1, 2. Änderung":	
1. Nachträgliche Beschlussfassung über die Erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB und über die Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB im Parallelverfahren (§ 4a Abs. 2 BauGB)	
2. Beratung und Beschlussfassung über das Ergebnis der erneuten Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB und Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB	
3. Satzungsbeschluss	

Ausführungen und Beschluss:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. **Die Verwaltung hat die erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB und die Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB im Parallelverfahren (§ 4a Abs. 2 BauGB) durchgeführt.**
2. **Im Rahmen der erneuten Fachbehördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Offenlage der Örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „St. Leoner See, Teil 1, 2. Änderung“ vom 02.04. bis 02.05.2012 wurden keine Stellungnahmen oder Anregungen vorgebracht.**
3. **Die Örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „St. Leoner See, Teil 1, 2. Änderung“ wird gem. § 74, 75 LBO in Verbindung mit § 4 GemO als Satzung beschlossen. Die beigefügte Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.**

Gemeinderat Roland Hecker und Gemeinderätin Birgit Klemenz sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Sitzung am: Dienstag, 22. Mai 2012 Nr. 5 Ö	Tagesordnungspunkt: 11
Deckensanierung 2012 hier: Auftragsvergaben	

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Dr. Eger ergänzt, dass noch weitere Deckensanierungen durchgeführt werden sollten, was allerdings durch die fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten beim Eigenbetrieb Wasserversorgung nicht möglich ist. Die Investition bei der Deckensanierung der Kreisstraße stehe an, außerdem sei der durch die Gebührenanpassung vorhandene finanzielle Puffer nicht mehr vorhanden. Als Alternative sei nur möglich, die Sanierung bei der Wasserversorgung zu unterlassen, was aber auch keinen Sinn ergebe.

Gemeinderätin Anneliese Runde, Gemeinderat Gerhard Haffner und Gemeinderat Ferdinand Speckert signalisieren die Zustimmung ihrer Fraktionen.

Gemeinderat Ferdinand Speckert bittet darum, eine Leistungsbilanz bezüglich der Deckensanierung in den letzten zwei Jahren vorzulegen und dabei die Vorhaben im Wassernetz einzuschließen. Weiter bittet er darum, dem Gemeinderat eine Betrachtung vorzulegen, wie die Vorhaben in den nächsten zwei Jahren erfolgen sollen.

Er spricht weiter die Aufbauplätze hinter dem dm-Markt befindlichen Lagerplätze von Baufirmen an und bittet darum, diese so schnell wie möglich zu beseitigen, damit die Lärmbelastungen unterbunden werden.

Bürgermeister Dr. Eger und **Bauamtsleiter Werner Kleiber** informieren über den derzeitigen Sachstand in dieser Angelegenheit und erklären, dass das Lager in nächster Zeit geräumt wird.

Die **Gemeinderäte Rudi Heger** und **Birgit Klemenz** signalisieren seitens ihrer Fraktionen ebenfalls Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Gemeinderätin Birgit Klemenz fragt wie die Straßensanierung im Kirr und beim Parkring weitergeführt wird.

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass darüber beim Wirtschaftsplan 2013 für die Wasserversorgung gesprochen werden muss, weil die Maßnahmen zu finanzieren sind. Auch sei man beim Tiefbau an die Grenzen der Möglichkeiten gelangt, weil die Gestaltung der Ortsdurchfahrt noch ansteht. Wegen des umzusetzenden Programms sind noch Abstimmungen notwendig.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung und die Betriebsleitung des EB Wasserversorgung werden ermächtigt, die Aufträge zur Deckensanierung und zum Austausch von Wasserleitungen, Hausanschlüssen und Schiebern mit einer vorläufigen Gesamtauftragssumme von 540.835,64 € an die Firma Reimold aus Gemmingen zu vergeben.

Sitzung am: Dienstag, 22. Mai 2012 Nr. 5 Ö	Tagesordnungspunkt: 12
Sanierung Wasserversorgungsschächte Nr. 40 und 41 in St. Leon; hier: Vergabe	

Ausführungen und Beschluss:

Betriebsleiterin Angelika Laux hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Auf Nachfrage von **Gemeinderat Karl Ittensohn** informiert **Betriebsleiterin Angelika Laux**, dass für die Betreuung durch das Ingenieurbüro rund 15% der Auftragssumme anfallen.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. **Die Betriebsleitung wird ermächtigt, den Auftrag für die Sanierung der Wasserversorgungsschächte an die Firma Becher aus Mudersbach zur vorläufigen Auftragssumme von brutto 373.432,76 € zu vergeben.**
2. **Die Betriebsleitung wird ermächtigt, für die o.g. Arbeiten mit dem Ingenieurbüro Mohn aus Karlsruhe einen Ingenieurvertrag entsprechend der HOAI abzuschließen und die Leistungen freizugeben.**
3. **Es werden überplanmäßige Mittel in Höhe von 360.000 € netto genehmigt.**

Sitzung am: Dienstag, 22. Mai 2012 Nr. 5 Ö	Tagesordnungspunkt: 13
L 546 – Ortsumgehung Rot; Herstellung eines Erdwalls, 2. Bauabschnitt; hier: Auftragsvergabe	

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Albert Weinlein informiert, dass ein Teil der Bevölkerung mit ihm der Meinung sei, dass der entlang der Ortsumgehung aufgeschüttete Erdwall keine Funktion als Lärmschutzwall erfülle und deswegen nicht notwendig sei. Er erinnert daran, dass er bereits beim 1. Bauabschnitt gegen die Aufschüttung gestimmt habe. Mit dem Erdwall sei auf jeden Fall ein nicht unerheblicher Eingriff in die Landschaft verbunden.

Gemeinderat Ferdinand Speckert weist darauf hin, dass es sich um Teil des Gesamtpaketes Ortsumgehung Rot handle, das beschlossen wurde und auch umzusetzen ist, weshalb seine Fraktion uneingeschränkt zustimme.

Gemeinderat Tobias Rehorst stellt fest, dass durch den Erdwall die Straße nicht zu sehen ist, was positive Wirkung habe, wie er als Betroffener bestätigen könne.

Der Gemeinderat fasst mit 17 Ja-Stimmen, bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Teilauftrag für die Herstellung des Erdwalls 2. Bauabschnitt an die Firma Grötz GmbH & Co.KG zu einer vorläufigen Auftragssumme in Höhe von brutto 88.287,04 € zu vergeben.

Sitzung am: Dienstag, 22. Mai 2012 Nr. 5 Ö	Tagesordnungspunkt: 14
Umgestaltung Ortsdurchfahrt Rot, 1. Bauabschnitt hier: Vorstellung und Freigabe der Entwurfsplanung	

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Karl Ittensohn begrüßt die vorliegende Planung und hofft, dass damit das beabsichtigte Ziel,

die schwächeren Verkehrsteilnehmer zu schützen, erreicht werden kann. Hinsichtlich der vorgesehenen Kreiseln sollte geprüft werden, ob Querungshilfen Fußgängerüberwege ersetzen können. Beim Kreiseln am Erlengrund sollte die Straßenbreite der Bahnhofstraße geprüft und über eine Einengung beim Kiosk nachgedacht werden. Der Kreiseln Erlengrund enthalte den untergeordneten Anschluss des Kindergartenwegs, für den später eine Einbahnregelung geplant sei. Dazu benötige seine Fraktion noch Informationen.

Bei der Maßnahme L habe es in seiner Fraktion keine einheitliche Meinung gegeben, weshalb einzeln über die Vorschläge abzustimmen wäre. Einigkeit habe darüber bestanden, an der Hauptstraße nur eine einseitige Einengung vorzunehmen. Er weist darauf hin, dass die Varianten 5 und 6 gestalterischen Reiz aufweisen. Er bittet zu prüfen, ob die Verkehrsberuhigung im Bereich zwischen den Kreiseln durch eine farbliche Änderung des Fahrbahnbelags durch Pflasterung oder farbigen Asphalt unterstützt werden könne. Außerdem sollte planerisch geklärt werden, ob der Lückenschluss des Fahrradweges bei der Einfahrt an der Bahnhofstraße ausgearbeitet werden könne. Da diese Maßnahmen im Rahmen der Flurbereinigung zu erledigen ist, wäre die vorherige planerische Festlegung auch hinsichtlich der zu erwartenden Kosten sinnvoll.

Er signalisiert die generelle Zustimmung seiner Fraktion zur Planung.

Bürgermeister Dr. Eger präferiert den farbigen Asphalt, weil sich Pflaster als nicht haltbar erwiesen hat und die Nachbarschaft mit stärkeren Fahrgeräuschen belästigt. Bei der Maßnahme L bevorzuge er die Variante 4, damit eine Zufahrt zum Gebiet erhalten bleibt.

Bauamtsleiter Werner Kleiber sagt zu, die Straßenbreite im Bereich des Kioskes an der Bahnhofstraße zu prüfen. Die Fahrbahnteiler an den Kreiseln müssen überfahrbar sein, was die Bereitstellung von Aufstellfläche fast ausschliesse. Weiter sei fast schon auszuschließen, dass Querungshilfe und Fußgängerüberweg parallel angeordnet werden können, es werde jedoch noch einmal geprüft.

Zum Bereich Kindergartenweg sei eine Bebauungsplan-Änderung erforderlich, die derzeit auf dem Weg sei und demnächst im Ausschuss behandelt werde. Der Kindergartenweg werde als Mischverkehrsfläche ausgewiesen, untergeordnet ausgebaut und später, wenn die Bebauungsplan-Änderung erfolgt ist, eine Einbahnregelung umgesetzt.

Hinsichtlich der farblichen Gestaltung der Fahrbahn weist er darauf hin, dass sich hellgrauer Belag im Laufe der Zeit der üblichen Asphaltfarbe annähere.

Zum Fahrradweg an der Bahnhofstraße sei festzuhalten, dass dies in den Bereich der Flurbereinigung falle und bei der Entwurfsplanung ausgeklammert wurde.

Gemeinderat Gerhard Haffner sieht den Kreiseln an der Walldorfer Straße vor allem deswegen als kritisch an, weil nachts durch das Überfahren der gepflasterten Bereiche Lärmbelästigung entstehen kann. Dies sei von Anwohnern ebenso gesehen worden. Den Kreiseln am Erlengrund betrachte seine Fraktion als sinnvoll, weil dadurch die Verkehrssituation auch hinsichtlich des Kindergartenwegs geregelt werde. Bei der Maßnahme L präferiere seine Fraktion die Variante 1.2. Bei der Deckensanierung soll auf Pflaster verzichtet werden, um die Anwohner nicht zu belästigen. Begrüßt werde auch, dass geprüft werden soll, die Maßnahmen in das Sanierungsprogramm aufzunehmen.

Gemeinderat Dr. Paul Hanke spricht sich für seine Fraktion für die beiden Kreiseln Hauptstraße/Walldorfer Straße und Hauptstraße/Wieslocher Straße aus. Bei der Maßnahme L halte es seine Fraktion für sinnvoll, die Zehntstraße an die Hauptstraße anzubinden. Durch eine Verschwenkung und den Einbezug der Kirrgasse sollte auch hier ein Minikreiseln vorgesehen werden.

Bauamtsleiter Werner Kleiber weist darauf hin, dass bei keiner der vorgeschlagenen Varianten die Straßenverbindung zur Zehnt-/Rosenstraße gekappt werde. Die Varianten unterscheiden sich lediglich hinsichtlich der Gestaltung, wobei die Vorschläge 3 und 4 herkömmlichen Straßenbau beinhalten, die Anlagen 5 und 6 eine mit Pflaster vorgesehene Platzgestaltung mit Durchfahrmöglichkeit.

Auf den Vorschlag eingehend, die Verkehrssituation bei der Einmündung Rosenstraße/Kirrgasse mittels eines Minikreisels zu lösen, erklärt **Bauamtsleiter Werner Kleiber**, dass in den bisherigen Arbeitsgruppensitzungen immer von einer Platzgestaltung ausgegangen wurde. Wolle man sich mit dem Thema Minikreiseln befassen, müsse der Beschlusspunkt L komplett ausgeschlossen werden. Durch einen eventuellen Minikreiseln werde keine Platzgestaltung mehr möglich sein. Der Minikreiseln bedingt durch den notwendigen Anschluss der Kirrgasse, dass mehr Gelände des Grundstücks „Zehntscheune“ erforderlich ist. Er informiert, dass die Entscheidung über den Vorschlag L vertagt werden muss, wenn erst geprüft werden soll, ob der Minikreiseln realisiert werden kann.

Gemeinderat Michael Herling fragt nach dem Abstand der Fußgängerüberwege zur Kreiselausfahrt. Seiner Meinung nach müsse verhindert werden, dass ein PKW in den Fußgängerüberweg hinein ragen, wenn er anhalten muss. Die Kreiseln sollten in der Mitte nicht mit Pflaster versehen werden, weil die Pflasterung sehr reparaturanfällig ist. Bei Maßnahme L präferiere sie die Variante 1.1 mit der einseitigen Verengung. Zwischen den Kreiseln sollte der Straßenbelag farblich gestaltet und aufgrund der bereits gemachten Erfahrungen nicht gepflastert werden.

Bauamtsleiter Werner Kleiber erklärt, dass der gewünschte Abstand zwischen Fußgängerüberweg und Kreiselausfahrt in der Planung enthalten ist.

Aufgrund der bisher vorgebrachten Bedenken hinsichtlich der Pflasterung weist **Bürgermeister Dr. Eger** darauf hin, dass Minikreiseln so zu gestalten sind, dass sie wirken und nicht jeder geradeaus drüber fährt.

Gemeinderätin Andrea Heim informiert, dass sich ihre Fraktion für die Kreiseln ausspreche. Bei der Maß-

nahme L werde die Variante 1.1 mit der einseitigen Verringerung der Fahrbahnbreite bevorzugt.

Gemeinderat Theo Vetter schlägt wegen des nahen Abstands der beiden Kreiseln vor, auf einen Fußgängerüberweg zu verzichten, wenn die Gehwege breiter gestaltet werden. Er spreche sich bei der Maßnahme L für die Variante 1.2 aus, bei der die Parkplätze besser für die „Rose“ bzw. die Bäckerei angefahren werden können.

Gemeinderätin Beate Rössler regt an, sich mit dem Blinden- und Sehbehindertenverband in Verbindung zu setzen, um die Fußgängerüberwege für diese Nutzer zu optimieren.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass dies in der Ausführungsplanung zu berücksichtigen ist.

Gemeinderat Karl Ittensohn weist darauf hin, dass die beiden Minikreisel von der Pflasterung nicht unterschiedlich ausgebildet werden sollten. Er erklärt, dass er bei Maßnahme L die Variante 2.2 mit der einseitigen Verengung der Hauptstraße bevorzuge.

Gemeinderat Gerhard Haffner antwortet auf die Nachfrage von **Gemeinderat Karl Ittensohn zu unterschiedlichen Ausbildung der Kreisel**, dass die Möglichkeiten zum Ein- und Ausfahren beim Erlengrund-Kreisel wesentlich besser werden. Beim Kreisel Haupt-/Wieslocher Straße erwarte er keine Verbesserung gegenüber der jetzigen Situation.

Bürgermeister Dr. Eger stellt den Beschlusspunkt 1 der Verwaltungsvorlage, Maßnahme D, zur Abstimmung:

Der Vorschlag, zu prüfen, ob die Zahl der Fußgängerüberwege zwischen den Kreiseln auf einen reduziert werden kann, sollte in der weiteren Planung vorgenommen werden.

Der Gemeinderat fasst mit 15 Ja- Stimmen, bei 5 Gegenstimmen, folgenden Beschluss:

1. Maßnahme D – Mini-KVP Hauptstraße/Wieslocher Straße

- 1.1 Dem vorgelegten Entwurf für die Umgestaltung dieser Kreuzung gem. Anlage 1 wird zugestimmt.**
- 1.2 Dem Ingenieurbüro Modus Consult Karlsruhe werden die weiteren Planungsleistungen freigegeben.**
- 1.3 Die Verwaltung/Ingenieurbüro wird beauftragt, die Planung mit den betroffenen Leitungsträgern abzustimmen.**

Bürgermeister Dr. Eger stellt die Maßnahme F zur Abstimmung:

Der Gemeinderat fasst mit 20 Ja- Stimmen, bei 1 Gegenstimme, folgenden Beschluss:

2. Maßnahme F - Mini-KVP Hauptstraße/Erlengrund

- 2.1 Dem vorgelegten Entwurf für die Umgestaltung dieser Kreuzung gem. Anlage 2 wird zugestimmt.**
- 2.2 Dem Ingenieurbüro Modus Consult Karlsruhe werden die weiteren Planungsleistungen freigegeben.**
- 2.3 Die Verwaltung/Ingenieurbüro wird beauftragt, die Planung mit den betroffenen Leitungsträgern abzustimmen.**

Auf Vorschlag von Gemeinderat Gerhard Haffner lässt **Bürgermeister Dr. Eger** zunächst über die beiden grundsätzlichen Ausführungsvarianten der Maßnahme L entscheiden. Diese bestehen einmal in der Ausführung als Straße bzw. als Platzgestaltung mit Pflasterung.

Variante 1 umfassen die Vorschläge nach Anlage 3 und 4, Variante 2 die nach Anlage 5 und 6.

Bürgermeister Dr. Eger stellt die Variante 1 zur Abstimmung.

Der Gemeinderat stimmt dieser Variante mit 14 Ja- Stimmen zu.

Anschließend stellt **Bürgermeister Dr. Eger** die Variante 2 zur Abstimmung.

Hier stimmen 6 Gemeinderäte mit Ja, 1 Gemeinderat enthält sich der Stimme.

Darauf basierend werden die Varianten 1.1 bzw. 1.2 laut Vorlage zur Abstimmung gestellt.

Für die Variante 1.1 stimmen 10 Gemeinderäte;

für die Variante 1.2 ebenfalls 10 Gemeinderäte;

ein Gemeinderat enthält sich der Stimme.

Da wegen Stimmengleichheit keine Entscheidung gefallen ist, stellt **Bürgermeister Dr. Eger** die Varianten nochmals zur Abstimmung:

In der zweiten Abstimmung entscheiden sich 11 Gemeinderäte für die Variante 1.1;

für die Variante 1.2 stimmen 8 Gemeinderäte, 2 enthalten sich der Stimme.

Damit hat sich der Gemeinderat bei der Maßnahme L mehrheitlich für die Variante 1.1 ausgesprochen.

Bürgermeister Dr. Eger stellt den Beschlusspunkt 4 laut Gemeinderatsvorlage zur Abstimmung und ergänzt, dass zwischen den Kreiseln keine Pflasterung, sondern ein gefärbter Asphalt vorgesehen ist. Weiter soll geprüft werden, ob dazwischen ein Zebrastreifen eingespart werden kann und ob die Breite der Straße vermindert werden kann.

Der Gemeinderat fasst mit 20 Stimmen (Gemeinderat Roman Heger befindet sich nicht im Sitzungssaal) **folgenden Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, dass die ca. 100 laufenden Meter Hauptstraße zwischen den beiden ge-

planten Minikreisverkehren mit als Sanierungsmaßnahme ausgeschrieben wird. Dabei wird vorgeschlagen, den Bereich mit eingefärbtem Asphalt hervorzuheben und zu prüfen, ob zwischen den beiden Kreisverkehren ein Zebrastreifen eingespart werden kann. Weiterhin ist zu prüfen, ob die Breite der Straße reduziert werden kann.

Der Ingenieurvertrag mit dem Büro Modus Consult, Karlsruhe, ist entsprechend zu erweitern.

Sitzung am: Dienstag, 22. Mai 2012 Nr. 5 Ö
Verschiedenes

Tagesordnungspunkt: 15

Ausführungen und Beschluss:

Es sind keine Beratungspunkte zu behandeln.

Sitzung am: Dienstag, 22. Mai 2012 Nr. 5 Ö
Wünsche und Anfragen

Tagesordnungspunkt: 16

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Ferdinand Speckert weist beim Kinderspielplatz Zehntstraße darauf hin, dass eine dort stehende Tanne anscheinend keinen sicheren Stand mehr aufweist. Er bittet dem Hinweis nachzugehen und evtl. erforderliche Maßnahmen wegen der Gefahr des Umstürzens einzuleiten.

Gemeinderat Albert Weinlein informiert zum seiner Meinung nach berechtigten Wunsch von Eltern, am Fußgängerüberweg am Adlerweg eine Bedarfsampel einzurichten. Die bisherige Ablehnung müsste aufgrund der höheren Verkehrszahlen überprüft werden. Er informiert, dass seine Fraktion den Antrag schriftlich nachreichen wird.

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass das Thema in einer Verkehrstagsfahrt zu besprechen ist. Es sei eine Verkehrszählung notwendig, deren Zahlen über die Realisierung entscheiden.

Gemeinderat Theo Vetter erinnert an seine Anfrage im Ausschuss Umwelt und Technik, die die Dachentwässerung des Gebäudes für das betreute Wohnen an der Franziskusstraße betroffen hat. Das Wasser vom Dach des Gebäudes werde auf dem Grundstück entsorgt.

Bauamtsleiter Werner Kleiber weist darauf hin, dass diese Art der Dachentwässerung für das Gebäude genehmigt ist. Allerdings sei es nicht so ausgeführt worden, wie es genehmigt wurde. Die Verwaltung werde der Sache nachgehen.

Gemeinderat Dr. Paul Hanke stellt im Namen seiner Fraktion den Antrag, Entlastungsfahrten der RB-Triebwagen bis zum Bahnhof Rot/Malsch zu verlängern. Er schildert die Lage und trägt die Begründung vor. Er bittet die Verwaltung darum, im Sinne des Antrages tätig zu werden.

Der Antrag der Fraktion CDU-Rot/Junge Liste ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Gemeinderat Michael Herling erinnert an den bei den Gemeinderatsunterlagen zur letzten Sitzung beigefügten Bericht zur Schuldnerberatung in dem von langen Wartezeiten die Rede war. Er bittet um Information, ob die Verwaltung der Ausweitung von Beratungszeiten zugestimmt hat.

Er fragt weiter, ob zur Beschwerde hinsichtlich des Tagesordnungspunktes Fußballgolf eine Entscheidung gefallen ist.

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass der Gemeinderat der Erhöhung des Ansatzes für die Schuldnerberatung im Haushalt 2012 zugestimmt hat. Die Verwaltung habe die Erhöhung mit dem Diakonischen Werk vereinbart, Voraussetzung sei aber noch, dass auch die anderen Beteiligten zustimmen.

Zur fraglichen Abstimmung beim Tagesordnungspunkt Fußballgolf in der Dezember-Sitzung letzten Jahres hat die Gemeinde laut **Bürgermeister Dr. Eger** Nachricht erhalten, dass der Beschwerde von Gemeinderat Roland Hecker stattgegeben wurde. Das Kommunalrechtsamt schlägt vor, dass der Gemeinderat in einer seiner nächsten Sitzungen den früheren Beschluss aufhebt und in der Sache neu entscheidet.

Gemeinderätin Beate Rössler regt an, Tagesordnungspunkte und Gemeinderatsunterlagen der öffentlichen Sitzung zur Information der Zuhörer auszulegen.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass es hinsichtlich der Tagesordnung keine Probleme gebe. Kritisch sei der Datenschutz bei den Tagesordnungspunkten, weshalb dies überprüft werden müsse.

Gemeinderat Gerhard Haffner spricht die vorgesehene Sanierung der Decke in der Kirrlacher Straße an. Er erinnert an den Antrag seiner Fraktion im vergangenen Jahr, zu prüfen, ob die Kirrlacher Straße abgestuft werden kann. Er fragt nach dem Sachstand in dieser Angelegenheit.

Bürgermeister Dr. Eger berichtet von Kontakten mit dem Kreis, über den Informationen zu Herabstufungen in anderen Gemeinden des Kreises bzw. zu Verkehrsbelastungen erreicht wurden. Es sei allerdings festzustellen, dass dies nicht mit der Sanierung der Straße zusammenhänge.

Bauamtsleiter Werner Kleiber weist darauf hin, dass der Kreis als Eigentümer auf Anträge der Gemeinde hin erkannt hat, dass die Straße Schäden aufweise, die die Sicherheit gefährden. Darauf basiere die Zusage des Kreises, die Decke in zwei Abschnitten vom Kreisel an der Marktstraße bis zur Schulstraße und von der Spargelhalle bis zum Kreisel Mozartstraße zu sanieren. Die Gemeinde sei mit Maßnahmen der Wasserversorgung und des Abwasserbetriebs beteiligt, weil der Kreis sichergestellt haben will, dass die Leitungen und Einrichtungen vor der Sanierung in Ordnung sind. Wegen der Abstufung der Straße bestehe Kontakt mit dem Kreis eine eventuell mögliche Umsetzung werde noch lange Zeit dauern. Zunächst gehe es darum, die Punkte festzulegen, die in das Verkehrsgutachten einbezogen werden.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass die Sanierung der Teilbereiche nur deshalb erledigt wird, weil die Gemeinde nachträglich darauf bestanden hat. Hinsichtlich der Abstufung der Straße verweist er auf die Erfahrung im Ortsteil Rot und stellt fest, dass auf einem gültigen Beschluss aufbauend wohl noch eine Zeit von 4 bis 5 Jahren vergehen würde.

Gemeinderat Michael Herling stellt den Antrag, die Sitzung zu beenden.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass die anstehenden nichtöffentlichen Beratungspunkte in einer Sondersitzung zu verhandeln sind.

Bürgermeister Dr. Eger schließt die öffentliche Sitzung.

-/-